


www.laender-analysen.de/ukraine

AUSBLICK AUF DIE PARLAMENTSWAHLEN 2019 SOZIALPOLITIK UND SOZIALDATEN

■ VON DER REDAKTION	
На дачу – in die Sommerpause	2
■ ANALYSE	
Die Parlamentswahlen 2019 in der Ukraine: (k)ein Sprung ins Ungewisse? Von Sergej Sumlenny (Heinrich-Böll-Stiftung, Büro Kiew – Ukraine)	2
■ UMFRAGE	
Sonntagsfrage und Stimmung im Land	6
■ ANALYSE	
Sozialpolitik in der Ukraine: Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft Von Oleksandra Betliy (Institute for Economic Research and Policy Consulting, Kiew)	9
■ GRAFIK ZUM TEXT	
Mindestlohn und Existenzminimum 2013 bis 2019	12
■ STATISTIK	
Aktuelle Sozialdaten	13
■ DOKUMENTATION	
Russland erhält Stimmrecht im Europarat zurück – Reaktionen	15
■ CHRONIK	
11. – 23. Juni 2019	17

VON DER REDAKTION

На дачу – in die Sommerpause

Die Ukraine-Analysen machen wie üblich eine Sommerpause. Die nächste Ausgabe – Ukraine-Analysen 221 – erscheint voraussichtlich am 10. September 2019. Sie wird sich mit dem Ausgang der Parlamentswahlen am 21. Juli befassen. Ferner sind Hefte zu Biolandwirtschaft, Korruptionsbekämpfung und Gender geplant.

Vorerst wünschen wir unseren Leserinnen und Lesern einen erholsamen Sommer.

Die Redaktion der Ukraine-Analysen

Evgeniya Bakalova, Katharina Hinz, Eduard Klein und Matthias Neumann

ANALYSE

Die Parlamentswahlen 2019 in der Ukraine: (k)ein Sprung ins Ungewisse?

Von Sergej Sumlenny (Heinrich-Böll-Stiftung, Büro Kiew – Ukraine)

Zusammenfassung

Am 21. Juli 2019 finden in der Ukraine vorgezogene Parlamentswahlen statt. Diese werden entweder den einschneidenden Machtwechsel in dem europäischen Staat zementieren oder eine Voraussetzung für künftige Turbulenzen schaffen. Beide Optionen stehen noch offen.

Einleitung

Eigentlich hatte Präsident Wolodymyr Selenskyj schon am Tag seiner Inauguration am 20. Mai 2019 angekündigt, er löse das Parlament mit sofortiger Wirkung auf und ziehe die Parlamentswahlen auf den 21. Juli vor. Trotzdem war lange nicht klar, ob die Wahlen tatsächlich an dem Tag stattfinden – erst am 20. Juni entschied das ukrainische Verfassungsgericht, dass die fragwürdige Auflösung nicht verfassungswidrig gewesen sei. Insofern finden die Parlamentswahlen, wie von Selenskyj geplant, Ende Juli statt.

Es steht viel auf dem Spiel

Bei den Wahlen tritt Selenskyjs Partei »Diener des Volkes« (Sluha narodu) an. Die Partei wurde nach der Fernsehserie benannt, in der Selenskyj seit 2015 den einfachen Bürger Wasyl Holoborodko spielte, der durch Zufall Präsident wird und als Außenseiter versucht, die Korruption zu bekämpfen. So, wie ein typischer Durchschnittsbürger es tun würde: naiv, nicht immer erfolgreich, aber immer mit ganzer Kraft und voller Wut sowie mit einer Menge Spaß – Holoborodko besetzt zum Beispiel wichtigste Posten mit seiner Ex-Frau oder seinem unerfahrenen alten Schulfreund. Die Sympathie für Holoborodko soll für vielen Bürger*innen das Hauptargument für die Wahl von Selenskyj gewesen sein und ihm die Unterstützung von 73 Prozent der Wähler*innen eingebracht haben. Jetzt soll die Serie Selenskyj erneut helfen. Der Name

der Partei stammt wie gesagt aus der Serie, die Äußerungen von Holoborodko und Selenskyj ähneln sich, und das Parteilogo von »Diener des Volkes« entspricht einer vereinfachten Version des Plakats zur zweiten Staffel der Serie. Man sieht einen Rad fahrenden Holoborodko mit dem Fürstenstab in der Hand – das soll seine Bereitschaft, die korrupten Ringe zu zerschlagen, symbolisieren.

Laut Umfragen aus der ersten Juniwoche genießt »Diener des Volkes« eine beispiellose Unterstützung – wie Selenskyj vor wenigen Monaten. Sagenhafte 47,5 Prozent der Befragten gaben an, sie würden für »Diener des Volkes« stimmen – während die prorussische »Oppositionsplattform – Für das Leben« 10,4 Prozent der Stimmen, die Poroschenko-Partei »Europäische Solidarität« 7,9 Prozent der Stimmen, die »Vaterland«-Partei von Julija Tymoschenko 7,5 Prozent und die neu gegründete Partei »Stimme« (Holos) des Rocksängers Swjatoslaw Wakartschuk 6,4 Prozent der Stimmen bekommen würden (vgl. http://ratinggroup.ua/research/ukraine/monitoring_elektoralnyh_nastroeniy_ukraincev_6-9_izyunya_2019_goda.html). Laut Umfragen aus der dritten Juniwoche bleibt die Unterstützung für »Diener des Volkes« stabil, während die Partei von Ex-Präsident Poroschenko massiv an Unterstützung verliert.

Doch es wäre falsch zu denken, dass der Wahlfeldzug von Selenskyj bloß improvisiert wäre. Ein Topmanager aus Selenskyjs Fernsehproduktionsfirma »Kwartal-95« hatte schon im April 2016 eine politische Partei mit dem

Namen »Partei des entscheidenden Wandels« (Partija rischutschych smin) registrieren lassen. Im Dezember 2017 wurde diese in »Diener des Volkes« umbenannt (vgl. <https://www.unn.com.ua/ru/news/1702069-v-ukrayini-zyavilasya-politichna-partiya-sluga-narodu>). Zwei Jahre lang im Tiefschlaf gehalten, ist die Partei jetzt zum Leben erweckt worden – erfolgreich, und nicht unerwartet.

Warum war die Verschiebung der Wahlen für Selenskyj so wichtig?

Der aktuelle Erfolg von »Diener des Volkes« in den Umfragen ist der Grund, warum die vorgezogenen Parlamentswahlen für Präsident Selenskyj so wichtig sind. Die Unterstützung für Selenskyj vor den Präsidentschaftswahlen basierte im Wesentlichen auf der Tatsache, dass er – zumindest in den Augen der Wähler*innen – eine neue Figur war und keine klaren Versprechungen machte. »Keine Versprechungen – keine Entschuldigungen« hieß es auf einem seiner Wahlplakate. »Ich schulde euch gar nichts«, war seine Antwort auf die Fragen eines investigativen Journalisten kurz vor den Wahlen. Jede*r Ukrainer*in konnte auf die leere Leinwand genau das projizieren, was er oder sie sehen wollte – so hat Wolodymyr Selenskyj seinen triumphalen und beispiellosen Sieg mit über 73 Prozent der Stimmen eingefahren.

Das Vorziehen der Parlamentswahlen dient demselben Zweck: Der Newcomer-Effekt soll genutzt und Stimmenverluste nach den mit Sicherheit zu erwartenden Enttäuschungen sollen vermieden werden. Die vorgezogenen Parlamentswahlen sollen auch die Gegner Selenskyjs – vor allem die neu gegründete westlich-liberale Partei »Stimme« des Rocksängers Wakartschuk – daran hindern, sich vor den Wahlen formieren zu können.

Die Kontrolle über das Parlament ist für jeden ukrainischen Präsidenten von besonderer Bedeutung. Die ukrainische Verfassung begrenzt die präsidentialen Kompetenzen sehr stark. Obwohl der Präsident formell das Oberhaupt des Staates und der Oberbefehlshaber der Streitkräfte ist und die Rahmenbedingungen der Sicherheits- und Außenpolitik bestimmt, ist er in der Ausübung dieser Kompetenzen sehr stark vom Parlament abhängig. Ein aktuelles Beispiel: Als der damalige Präsident Poroschenko Ende November 2018 nach dem russischen Angriff auf ukrainische Schiffe im Asowschen Meer versuchte, in der Ukraine das Kriegsrecht auszurufen, hat sich das Parlament nach einer fünfständigen Sitzung kinderleicht über seinen Willen hinweggesetzt und das Kriegsrecht unter eigenen, viel milderen Bedingungen verhängt – trotz der vorherigen Entscheidung des Präsidenten und des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates, der vom Präsidenten geleitet wird und laut Verfassung das wichtigste Organ zur Koordinierung der Sicherheitspolitik der Exekutive ist. Präsident Poroschenko musste sich also damals dem Parlament beugen.

Auch in anderen politischen Bereichen sind die präsidentialen Kompetenzen massiv vom Parlament beschränkt. Der Präsident schlägt dem Parlament zwar den Premierminister, den Verteidigungsminister und den Außenminister vor, diese müssen aber vom Parlament bestätigt werden. Auch im Falle einer möglichen Entlassung des Generalstaatsanwalts auf Wunsch des Präsidenten ist das Votum des Parlaments einzuholen. Weder bei der Besetzung der Leitung der Ukrainischen Nationalbank noch bei der Besetzung des Nationalen Rundfunkrates des öffentlichen Fernsehens – nirgendwo hat der Präsident das letzte Wort. Ein oppositionelles Parlament kann den Präsidenten effektiv blockieren – und der Präsident kann das Parlament fast unter keinen Umständen auflösen. Die Auflösung ist eigentlich nur in drei Fällen zulässig: wenn die Fraktionen binnen eines Monats keine Koalition bilden, wenn das Parlament 30 Tage lang nicht tagt oder wenn 60 Tage lang keine neue Regierung gebildet wird.

Die massive Beschränkung der Kompetenzen des Präsidenten durch das Parlament führt zu einer dramatischen Spannung, da von Selenskyj laut einer Umfrage des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie genau das erwartet wird, was er unter keinen Umständen machen darf oder kann. Über 39 Prozent der Befragten erwarteten von Selenskyj kurz vor seiner Inauguration, dass er binnen 100 Tagen die Gas- und Strompreise senken lässt. Gut 32 Prozent erwarteten eine »Beschleunigung« der Untersuchung der auffälligsten Korruptionsverbrechen und mehr als 18 Prozent erwarteten eine Senkung der Beamtenbesoldung (vgl. <https://www.radiosvoboda.org/a/news-pershi-100-dniv/29884543.html>). Keiner dieser Punkte fällt in den Kompetenzbereich des Präsidenten, und die Umsetzung mindestens einer dieser Forderungen wäre rechtswidrig. Das ändert nichts an der Tatsache, dass die Umsetzung von Selenskyj erwartet wird. Nur mithilfe eines vollkommen kontrollierten Parlaments wäre das möglich.

Ein Kontrollszenario

Der Traum von der absoluten Kontrolle über das Parlament wurde von Selenskyjs Team schon mehrfach vorgebracht. So sagte Ruslan Stefantschuk, Vertreter Selenskyjs im Parlament und offensichtlich sein wichtigster Rechtsberater, in einem Gespräch mit der Deutschen Welle am 12. Juni, die Partei »Diener des Volkes« solle eine »Monopartei« (monopartija) werden, welche »die Verantwortung für die Menschen in der Ukraine« auf sich nehme (siehe <https://p.dw.com/p/3KINu>). Es solle »zum ersten Mal in 28 Jahren Unabhängigkeit einen einzigen Verantwortlichen für die Lage im Lande« geben, sagte Stefantschuk – und drückte so deutlich den Wunsch aus, dass die Präsidentenpartei die absolute Mehrheit bei den Parlamentswahlen hole.

Man kann nicht behaupten, dass diese Pläne etwas ganz Neues für Selenskyjs Team wären. Der Wunsch, das

politische System der Ukraine neu zu formieren und die eigenen Machtkompetenzen massiv auszubauen, wurde schon mehrmals artikuliert. Schon vor den Präsidentschaftswahlen sprach sich Stefantschuk dafür aus, in der Ukraine ein breit aufgestelltes System der Referenden einzuführen. Nicht nur über richtungsweisende, einschneidende Fragen – wie zum Beispiel über eine mögliche künftige NATO-Mitgliedschaft oder über Friedensverhandlungen mit Russland – solle in Referenden entschieden werden. In der Ukraine solle ein »Volksvetorecht« eingeführt werden, das es »dem Volke« ermögliche, jedes Gesetz, das durch die Werchowna Rada verabschiedet werde, durch ein Referendum zu blockieren. Dieser Punkt wird auch unter Punkt 1 des Parteiprogramms von »Diener des Volkes« erwähnt (vgl. <https://www.ukrinform.ua/rubric-elections/2717746-partia-sluganarodu-zatverdila-peredviborcu-programu.html>). Insofern soll offensichtlich eine Hintertür offengehalten werden, die es dem Präsidenten ermöglicht, das Parlament und die Regierung zu umgehen, wenn keine absolute Mehrheit für »Diener des Volkes« erreicht werden kann.

Auch andere umfassende Reformen des Staatsapparats werden von Stefantschuk bereits angekündigt. Ein Zweikammerparlament solle die Ukraine bekommen (vgl. <https://nv.ua/ukraine/politics/zelenskiy-predlagaet-sozdat-v-ukraine-dvuhpalatnyy-parlament-predstavitel-prezidenta-v-vr-50026650.html>), mit einer neuen Kammer, die nach dem regionalen Prinzip formiert werde. Stefantschuk verwies auf ein Referendum aus dem Jahr 2000, in dem sich in der Tat über 80 Prozent der Ukrainer*innen für ein Zweikammerparlament ausgesprochen haben. Damals wurde über vier Veränderungsvorschläge zu Verfassungsreformen abgestimmt. Alle Veränderungsvorschläge wurden von den Wähler*innen mit deutlicher Mehrheit unterstützt, nur drei davon wurden umgesetzt (Reduzierung der Anzahl der Abgeordneten, Einführung der Immunität der Abgeordneten und Definition einer der Möglichkeiten, das Parlament aufzulösen). Unter Präsident Kutschma wurde im Zweikammerparlament ein Weg gesehen, die regionalen Eliten zu stärken. Was heute, 19 Jahren später, der Zweck der Reform sein soll, bleibt unklar. Einige Kritiker sehen hier eine Ähnlichkeit mit der Forderung nach einer »Föderalisierung« des Landes – jene wird seit 2014 von Moskau gefordert.

So oder so – die Partei »Diener des Volkes« hat offensichtlich vor, die Verfassung stark zu verändern und die Machtkompetenzen neu zu verteilen. Gewinne sie knapp 50 Prozent der Stimmen, wäre sie in der Lage, fast jedes denkbare Gesetz durchzusetzen – und mit ein wenig Kraftanstrengung auch die für eine Änderung der Verfassung notwendigen Stimmen zusammenzukriegen. Es steht der Präsidentenpartei allerdings eine Sache im Weg – die Erststimmen. Ähnlich wie in Deutschland

wird das ukrainische Parlament aus zwei gleichgroßen Teilen gebildet. Die eine Hälfte der Abgeordneten kommt über Parteilisten ins Parlament, die andere Hälfte wird in ihren Wahlkreisen direkt gewählt. Da diese Mandate in der Vergangenheit überdurchschnittlich oft an die nicht immer durchschaubaren Vertreter*innen der »regionalen Fürsten« fielen, fordern seit Jahren viele Expert*innen – und auch der Westen –, das Wahlsystem zu reformieren. Eine Möglichkeit wäre die Abschaffung der Einzelwahlkreise, damit zum Beispiel der Besitzer einer großen Fabrik, von dem zigtausende Menschen abhängig sind, nicht mehr die Möglichkeit hätte, die Wahlergebnisse in seinem Wahlkreis durch Druck aufs Personal zu manipulieren. Präsident Selenskyj hat jetzt vorgeschlagen, diese Änderung endlich durchzusetzen, dabei die »geschlossenen Parteilisten« weiter zu behalten und die Sperrklausel von jetzt 5 Prozent auf 3 Prozent zu senken. Effektiv würde die Abschaffung der Einzelwahlkreise der Partei »Diener des Volkes« helfen, da sie unter Umständen nicht genug Einzelwahlkreise gewinnen kann, dafür aber ein sehr starkes Ergebnis als Gesamtpartei erzielt. Und die niedrigere Sperrklausel hätte die kleineren Parteien motivieren können, für die Reform zu stimmen – da insbesondere Parteien wie »Volksfront« oder »Radikale Partei von Oleh Ljaschko« keine Chance haben, bei den nächsten Wahlen über die Fünfprozenthürde zu kommen. Trotzdem wurde Selenskyjs Vorschlag vom Parlament abgelehnt, und die kommenden Wahlen werden wohl nach dem alten Wahlgesetz durchgeführt, also auch mit Einzelwahlkreisen – was für die Bekämpfung von Korruption bei den Wahlen nicht hilfreich ist.

Der Kampf um neue Gesichter

Ein weiteres Merkmal des aktuellen Wahlkampfes ist die gesellschaftliche Nachfrage nach neuen Gesichtern. Diese Nachfrage ist deutlich spürbar, sodass viele Parteien versuchen, ihre Wahllisten mit Newcomern zu füllen oder durch Fusionen oder Umbenennungen ihre Kräfte zu bündeln. Die liberale Partei »Stimme« von Sänger Wakartschuk ist wahrscheinlich die Partei mit den meisten neuen Gesichtern – doch ihre Chancen sind relativ bescheidend. Effektiv dagegen scheint der Aufruf der Partei »Diener des Volkes«, die massiv damit wirbt, dass bei ihr keine Personen antreten dürfen, die bisher im Parlament waren. Die Nachwuchspolitiker*innen und einfachen Bürger*innen sollen mithilfe des Internets in die Partei gerufen werden und endlich eine Chance bekommen, ins Parlament einzuziehen – so »Diener des Volkes«. Jede*r, der*die kandidieren will, solle sich über die Website der Partei bewerben – und wenn die Bewerbung überzeugend sei, werde er oder sie kontaktiert, so das Versprechen.

Das Aufsehen um die horizontal ausdifferenzierte und offene Partei ist groß. Da stören auch nicht die

Skandale rund um das Auswahlverfahren. Ukrainische Medien berichten seit Anfang Juni von angeblichen Versuchen, Plätze auf der Liste von »Diener des Volkes« einfach zu verkaufen – die Preise sollen zwischen 300.000 und 2.000.000 US-Dollar liegen, je nach Region (vgl. https://antikor.com.ua/articles/308363-za-mesto_v_spiske__2_millions_dollarov_partija_sluga_naroda_vlipla_v_gromkij_skandal). Iryna Pantschenko, Instagram-Model und Tochter eines Kiewer Geschäftsmanns, hat ihren 73. Kandidatinnenplatz auf der Wahl-liste von »Diener des Volkes« verloren, nachdem in den Medien vermutet wurde, sie oder ihren reichen Vater habe ihre Aufnahme auf die Liste bis zu 2 Millionen US-Dollar gekostet (vgl. <https://nv.ua/ukraine/politics/kievskaya-tusovshchica-vybyla-iz-spiska-slugi-naroda-posle-proverki-50026714.html>, <https://www.uaportal.com/ukr/news/irina-panchenko-yak-potrapila-do-zelenskogo-vidverti-foto-novoi-slugi-narodu.htm>). Diese Nachrichten wurden aber vor allem in der Kiewer Blase registriert – generell gelingt es »Diener des Volkes« sehr gut, das Image einer ersten echten Volkspartei aufzubauen. Die Gerüchte über die Schmiergelder weisen auch darauf hin, dass ein Platz auf der »Diener des Volkes«-Liste als erfolgsversprechend gesehen wird. Wenn sich eine Person darüber Gedanken macht, welcher Partei sie sich anschließen solle, um die eigenen Chancen maximal zu erhöhen, so ist es am ehesten die Selenskyj-Partei. Das wird bedeuten, dass über deren Liste viele Opportunist*innen in die Rada einzuziehen werden. Sogar Selenskyj selbst sagte Mitte Juni, seine Partei habe »nicht ausreichend Zeit gehabt, alle [Kandidat*innen] zu überprüfen, so kann es wohl sein, dass es auch unehrlichen Personen gelungen ist, uns ein bisschen zu betrügen« (siehe <https://nv.ua/ukraine/politics/zelenskiy-o-kandidatah-ot-slugi-naroda-vozmozhno-komu-to-nedobroporyadochnomu-udalos-nas-obmanut-50026117.html>). Er fügte hinzu, die Aufgabe der Presse sei es, solche Leute später zu entlarven.

Wer mit wem?

Wenn die Selenskyj-Partei keine absolute Mehrheit in der Rada bekommt, wird sie gezwungen sein, eine Koalition zu bilden. Hier bieten sich nur wenige mögliche Allianzen an, da es nur drei weiteren Parteien mit großer Wahrscheinlichkeit gelingt, ins Parlament einzuziehen: Das sind die prorussische »Oppositionsplattform – Für das Leben«, »Vaterland« von Tymoschenko und die »Europäische Solidarität« von Ex-Präsident Poroschenko. Mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit wird es auch die Partei »Stimme« von Wakartschuk schaffen, 5 bis 6 Prozent zu erreichen und so ins Parlament einzuziehen.

Umfragen zufolge wünschen sich die meisten Ukrainer*innen – knapp 13 Prozent – den prorussischen Politi-

ker Jurij Boiko als Premierminister, gut 11 Prozent wollen Tymoschenko als Premierministerin sehen (vgl. <https://hromadske.ua/posts/premyerom-najbilshe-hochut-bachili-bojka-timoshenko-abo-smeshka-opituvannya-kmis>). Da die »Oppositionsplattform« eigentlich im gleichen Teich wie »Diener des Volkes« fischt – mit Themen wie russische Sprache oder Verhandlungen mit Moskau – und ziemlich toxisch belastet ist, vor allem im Westen, ist es wenig wahrscheinlich, dass eine Allianz mit Boiko und seinem Team gebastelt wird. Eine Koalition mit »Vaterland« ist viel wahrscheinlicher. Tymoschenko hat sich Selenskyj auch von Anfang an geschickt als Alliierte angeboten. Schon nach dem Fernsehduell zwischen Selenskyj und Poroschenko stellte sie sich so deutlich hinter Selenskyj, dass klar wurde: Sie sieht ihn als politischen Partner. Auch die Initiativen des neuen Präsidenten im Parlament hat »Vaterland« unterstützt. Tymoschenko empfahl Selenskyj sogar, die Entscheidung des Verfassungsgerichtes zu ignorieren, sollte dieses die vorgezogenen Wahlen für ungültig erklären (vgl. <https://gordonua.com/ukr/news/politics/-timoshenko-ne-mozhna-dopustiti-shchob-konstitutsijnij-sud-zrujnuvav-dostrokovi-viboritse-rishennja-bude-nezakonnim-1037666.html>). Jetzt kann sich Tymoschenko ihren Traum endlich erfüllen und als Premierministerin die Ukraine in eine parlamentarische Republik umwandeln und die Kompetenzen der Regierungschefin massiv ausbauen. Letztlich stand das Versprechen einer starken »Kanzlerin« wörtlich in ihrem Wahlprogramm »Der neue Kurs«, ebenso wie die Referenden und Volksvetos, die auch in Selenskyjs Programm auftauchen.

Fazit

Unabhängig davon, ob Selenskyjs Partei die von ihr angestrebte absolute Mehrheit erreicht oder nicht, ist klar: Die demokratischen Institutionen in der Ukraine erleben eine schlimme Zeit. Der Wunsch, politische Entscheidungen nicht an den Buchstaben oder dem Geist des Gesetzes auszurichten, sondern mit politischer Notwendigkeit oder gar mit einem noch weniger definierbaren »Willen des Volkes« zu begründen, ist so groß wie nie zuvor. Es ist nicht nur Wolodymyr Selenskyj, der versucht, die Institutionen auszuhöhlen. Hinter dieser Art des politischen Handelns stehen 73 Prozent der Wähler*innen, die für ein Versprechen der einfachen populistischen Schritte gestimmt haben. Letztlich macht Wolodymyr Selenskyj heute nichts, was er nicht vorher in seiner Serie oder in seinen Auftritten bereits angedeutet hätte. Deshalb werden die kommenden Parlamentswahlen – wie auch die nächsten Jahre – ein echter Elchtest für die ukrainische Demokratie.

Angaben über den Autor finden Sie auf der nächsten Seite.

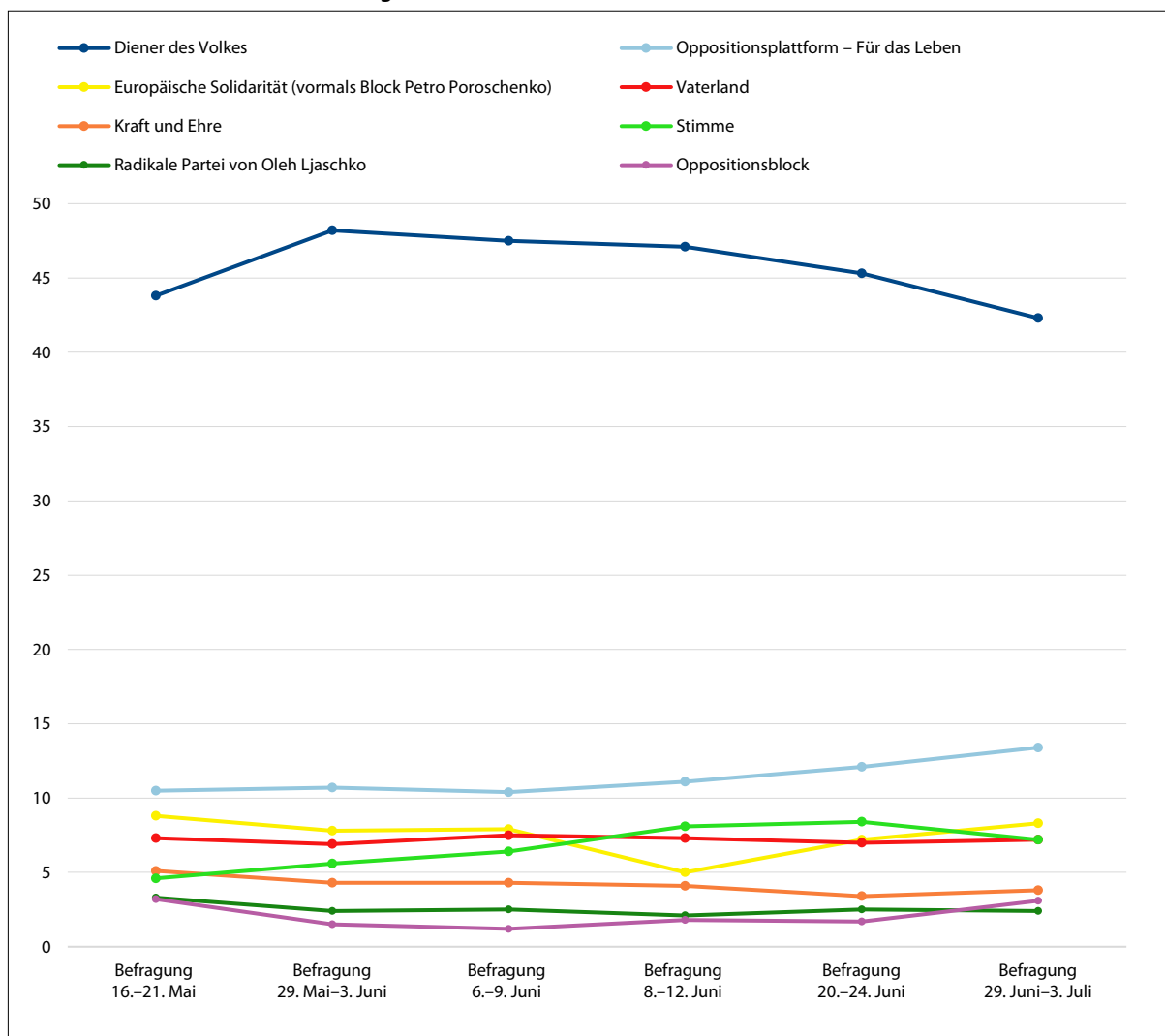
Über den Autor:

Sergej Sumlenny, 38, ist seit 2015 Büroleiter des Büros Kiew – Ukraine der Heinrich-Böll-Stiftung. Der promovierte Politologe hat zuvor als Leiter der PR bei der Wirtschaftsberatung »Schneider Group« und als Wirtschaftskorrespondent für die russische Mediengruppe »Expert« gearbeitet.

UMFRAGE

Sonntagsfrage und Stimmung im Land

Grafik 1: Sonntagsfrage zu den Parlamentswahlen 2019, in Prozent (nur Parteien, die Mitte Mai auf mindestens 3 Prozent der Stimmen gekommen wären)



Anmerkung: Personen, die angaben, nicht an den Wahlen teilnehmen zu wollen oder nicht zu wissen, für wen sie stimmen werden, sind nicht enthalten.
 Quelle: Soziologische Gruppe Rating, <http://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/>.

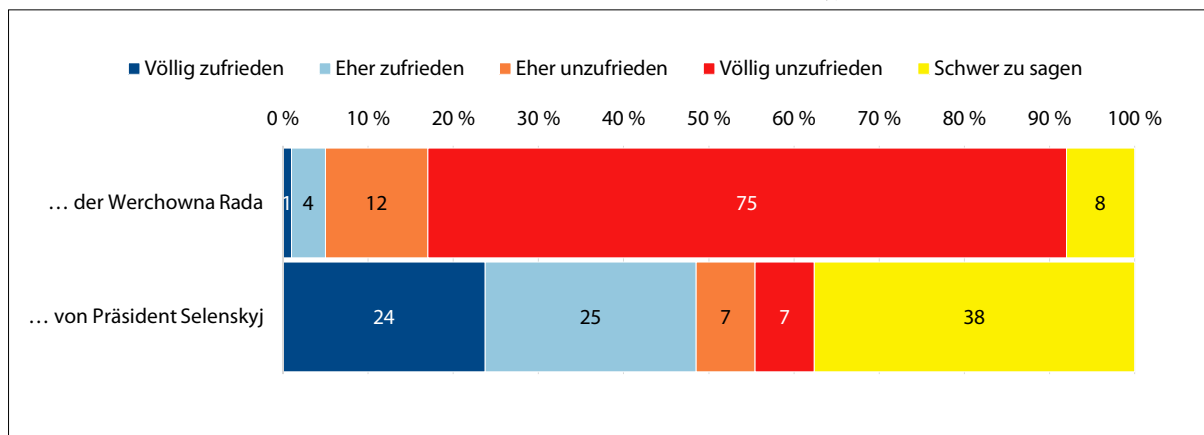
Tabelle 1: Sonntagsfrage zu den Parlamentswahlen 2019, in Prozent (nur Parteien, die Mitte Mai auf mindestens 3 Prozent der Stimmen gekommen wären)

	Befragung 16.–21. Mai	Befragung 29. Mai–3. Juni	Befragung 6.–9. Juni	Befragung 8.–12. Juni	Befragung 20.–24. Juni	Befragung 29. Juni–3. Juli
Diener des Volkes	43,8	48,2	47,5	47,1	45,3	42,3
Oppositions- plattform – Für das Leben	10,5	10,7	10,4	11,1	12,1	13,4
Europäische Solidarität (vor- mals Block Petro Poroschenko)	8,8	7,8	7,9	5,0	7,2	8,3
Vaterland	7,3	6,9	7,5	7,3	7,0	7,2
Kraft und Ehre	5,1	4,3	4,3	4,1	3,4	3,8
Stimme	4,6	5,6	6,4	8,1	8,4	7,2
Radikale Partei von Oleh Ljaschko	3,3	2,4	2,5	2,1	2,5	2,4
Oppositions- block	3,2	1,5	1,2	1,8	1,7	3,1

Anmerkung: Personen, die angaben, nicht an den Wahlen teilnehmen zu wollen oder nicht zu wissen, für wen sie stimmen werden, sind nicht enthalten.

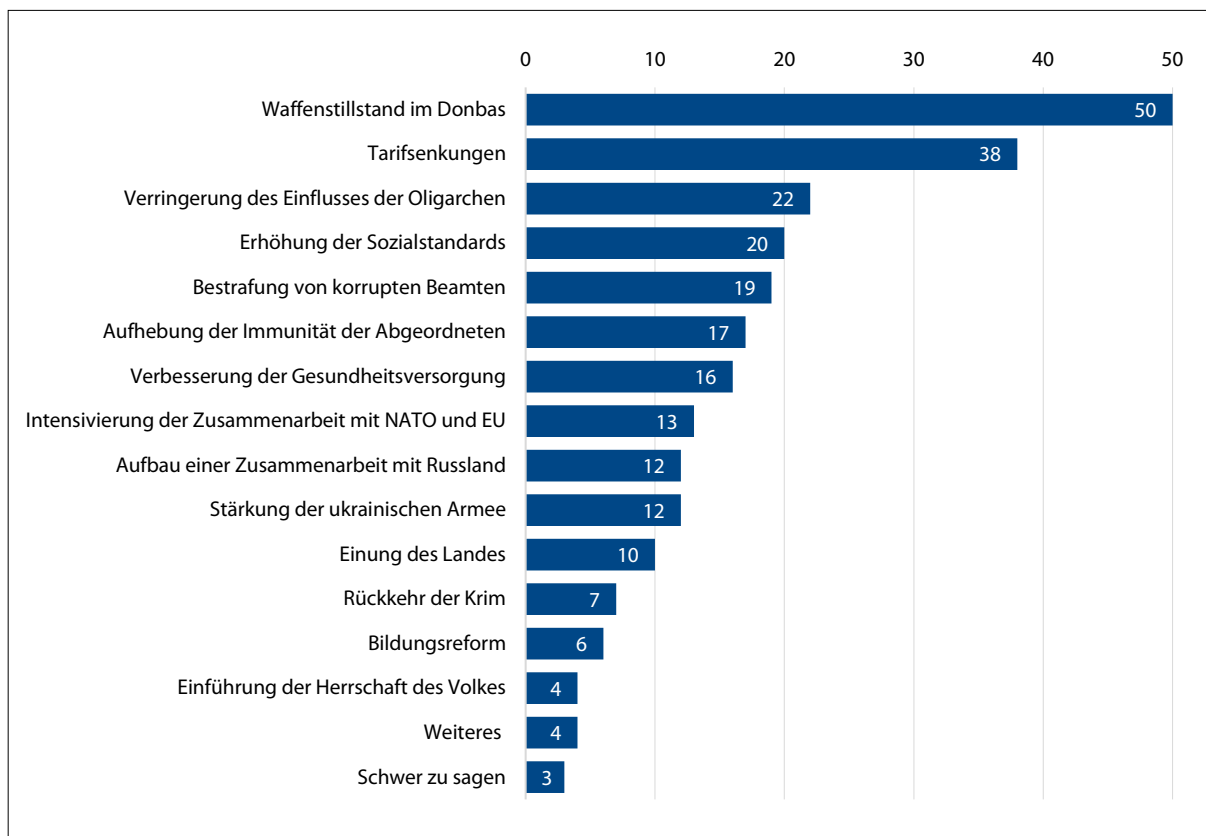
Quelle: Soziologische Gruppe Rating, <http://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/>.

Grafik 2: Sind Sie mit der Arbeit der Werchowna Rada/von Präsident Selenskyj zufrieden? (in Prozent der Befragten)



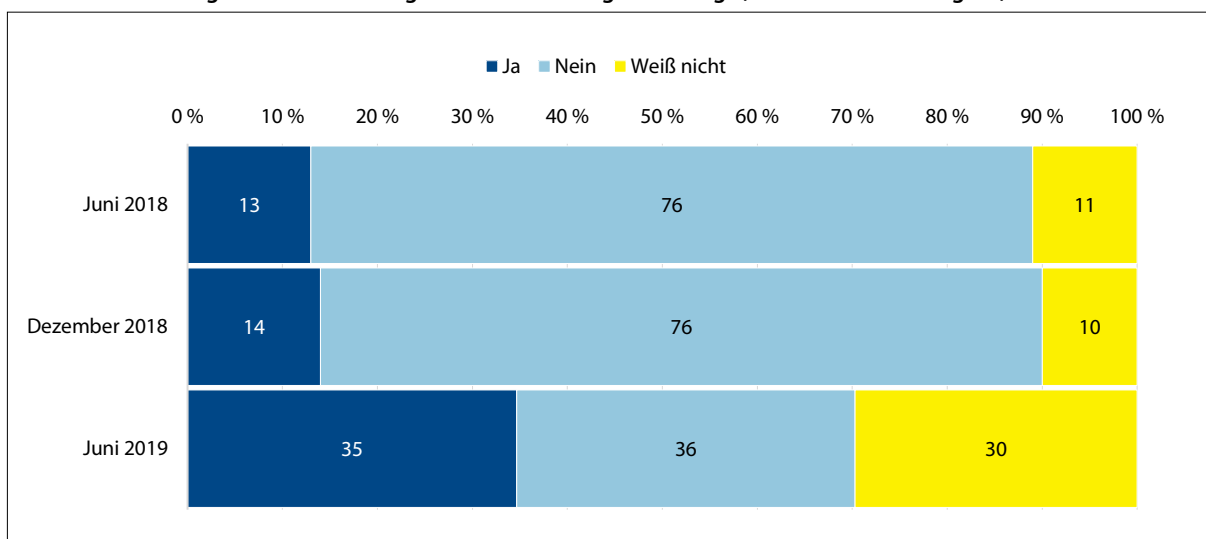
Quelle: repräsentative Umfrage der Soziologischen Gruppe Rating zwischen dem 8. und 12. Juni 2019, 2000 Befragte, http://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/monitoring_elektoralnyh_nastroeniy_ukraincev_8-12_iyunya_2019_goda.html

Grafik 3: Welche Schritte erwarten Sie von Präsident Selenskyj? (in Prozent der Befragten, bis zu drei Antworten möglich)



Quelle: repräsentative Umfrage der Soziologischen Gruppe Rating zwischen dem 8. und 12. Juni 2019, 2000 Befragte, http://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/monitoring_elektoralnyh_nastroeniy_ukraincev_8-12_iyunya_2019_goda.html

Grafik 4: Bewegt sich das Land insgesamt in die richtige Richtung? (in Prozent der Befragten)



Quelle: repräsentative Umfrage der Soziologischen Gruppe Rating zwischen dem 8. und 12. Juni 2019, 2000 Befragte, http://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/monitoring_elektoralnyh_nastroeniy_ukraincev_8-12_iyunya_2019_goda.html

Sozialpolitik in der Ukraine: Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft

Von Oleksandra Betliy (Institute for Economic Research and Policy Consulting, Kiev)

Zusammenfassung

Aufgrund des Kriegs in der Ostukraine, der Besetzung eines Teils der Industriegebiete im Donbas durch von Russland unterstützte Separatisten und aufgrund der Annexion der Krim durch Russland kam es in der Ukraine in den Jahren 2014 und 2015 zu einem Wirtschaftsabschwung. Der daraus resultierende Wertverlust der Hrywnja und die Notwendigkeit, die Gebühren für öffentliche Versorgungsleistungen zu erhöhen, gingen mit einer hohen Inflation einher. So ging die Kaufkraft der Haushalte stark zurück, während die Regierung den Weg der Haushaltskonsolidierung einschlagen musste. Der fehlende finanzielle Spielraum erlaubte es der Regierung zunächst nicht, das soziale Sicherungsnetz maßgeblich zu verbessern, abgesehen von Zuschüssen zu den Nebenkosten. Die in den letzten Jahren durchgeführten Strukturreformen und die umsichtige Finanzpolitik sicherten das Wirtschaftswachstum in der Ukraine, was den finanziellen Spielraum für eine stärkere Hinwendung zur Sozialpolitik schuf. Auch die Weiterentwicklung des Humankapitals wurde – angesichts des Missverhältnisses zwischen vorhandenen und verlangten Qualifikationen, der geringen Arbeitsproduktivität und der vergleichsweise starken Abwanderung von Arbeitsmigranten – zu einer der Prioritäten der Regierung. So hat sie mit der Durchführung einer Gesundheits- und Bildungsreform begonnen, eine Rentenreform umgesetzt und die soziale Absicherung von Familien mit Kindern verbessert.

Sozialpolitik auf der politischen Agenda

Die Ukraine hatte in den letzten Jahren viele Herausforderungen zu bewältigen: den Krieg und den Verlust eines Teils des Staatsgebiets im Osten der Ukraine, die Annexion der Krim durch Russland, den daraus resultierenden Wirtschaftsabschwung in den Jahren 2014 und 2015 sowie die Notwendigkeit, eine Reihe von Strukturreformen durchzuführen. Die Kampfhandlungen im Osten der Ukraine und die Annexion der Krim durch Russland führten zudem zu einem starken Anstieg der Zahl der Binnenflüchtlinge. Der wirtschaftliche Abschwung, die hohe Inflation und der Wertverlust der Hrywnja gingen mit einem Rückgang der Kaufkraft der Ukrainer einher. Gleichzeitig waren die politischen Reaktionsmöglichkeiten auf diese Herausforderungen durch den eingeschränkten finanziellen Spielraum häufig begrenzt, da die Ausgaben für Verteidigung und Sicherheit erhöht werden mussten (bis auf 5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts).

Soziale Sicherheit wird in den Strategiepapieren der Ukraine als eine der Prioritäten bezeichnet. In der im Jahr 2015 vom Präsidenten verabschiedeten Strategie »Ukraine 2020« wurde die Reform des sozialen Sicherungssystems als eine von 62 notwendigen Reformen genannt, allerdings nicht in die Top Ten aufgenommen. In der Einleitung des Strategiepapiers steht jedoch, dass ohne eine angemessene soziale Absicherung der von Armut bedrohten Bevölkerung auch Sicherheit nicht erreicht werden könne.

Im Jahr 2017 verabschiedete die Regierung einen mittelfristigen Aktionsplan bis 2020 und definierte den sozialen Schutz der Bevölkerung in Ziel Nummer 3 (»Entwicklung des Humankapitals«) als Priorität (vgl. [https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/275-](https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/275-2017-%D1%80)

2017-%D1%80). Besonders ein effizientes und wirksames Sozialhilfesystem soll soziale Inklusion und eine Verringerung der Armut gewährleisten. Die Rentenreform wurde als wesentliche Maßnahme zur Steigerung des Wohlergehens der Rentner definiert.

Der Bereich Sozialpolitik kommt auch im Assoziierungsabkommen zwischen der Ukraine und der Europäischen Union vor, insbesondere im Kapitel »Cooperation on employment, social policy and equal opportunities« (Titel V, Kapitel 21). Die Ukraine und die EU vereinbarten, den Dialog und die Zusammenarbeit besonders in den Bereichen soziale Sicherheit und Beschäftigung zu intensivieren, um soziale Inklusion, menschenwürdige Arbeit, sichere und gesunde Arbeitsbedingungen und Geschlechtergerechtigkeit zu erreichen.

Der soziale Schutz der Bevölkerung gehörte zu den von Politikern und politischen Entscheidungsträgern stets heiß diskutierten Themen. Die Maßnahmen in dem Bereich mussten mit der internationalen Gebergemeinschaft abgestimmt werden, vor allem mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF), der die Regierung *de facto* aufforderte, den Weg der Haushaltskonsolidierung zu beschreiten. Insbesondere enthielt das IWF-Programm die Auflage, allgemeine Subventionen für den Energiesektor, die sich in ermäßigten Preisen für die Bevölkerung niederschlugen, abzubauen bzw. die Energiepreise für die Bevölkerung zu erhöhen. Diese Maßnahme hatte zum Ziel, die finanzielle Förderung von Naftohaz zu reduzieren und die Korruptionsmöglichkeiten einzuschränken. Im Gegenzug enthielten die Mikrofinanzhilfeprogramme der EU zwischen 2014 und 2016 die Auflage, ein soziales Sicherungsnetz zu schaffen, um Familien mit geringem Einkommen vor den höheren Energiepreisen zu schützen.

Soziale Standards und Mindestlohn

Die Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und der begrenzte finanzielle Spielraum erlaubten es der Regierung im Jahr 2014 nicht, den Mindestlohn und das Existenzminimum zu erhöhen. Erst im September 2015 wurden Mindestlohn und Existenzminimum angehoben (Anm. d. Redaktion: Dies ist in den Grafiken am Ende des Textes nicht erkennbar, da gleichzeitig die Hrywnja gegenüber dem Euro an Wert verlor). Im Jahr 2017 dann wurde der Mindestlohn verdoppelt, um die Kaufkraft von Arbeitnehmern mit geringem Einkommen, die besonders von der hohen Inflation der Jahre 2014 und 2015 betroffen waren (der Verbraucherpreisindex stieg im Jahr 2014 um 12,1 Prozent und im Jahr 2015 um 48,7 Prozent), zu erhöhen.

Das Niveau des Existenzminimums sank aufgrund des begrenzten finanziellen Spielraums zwischen 2014 und 2019 real, auch wenn in den letzten Jahren ein langsamer Aufholprozess zu verzeichnen ist (siehe Grafik 1 am Ende des Textes). Auch die Unterstützung für Familien mit geringem Einkommen wurde erhöht.

Die Verbesserung der Sozialhilfe ist weiter auf der politischen Agenda, sie wird voraussichtlich in naher Zukunft umgesetzt.

Soziale Absicherung durch Nebenkostenzuschüsse

In den Jahren 2014 und 2015 baute die Regierung das Programm für Nebenkostenzuschüsse (inklusive für Wasser und Strom) massiv aus. Es wurde zum größten sozialen Hilfsprogramm mit dem Ziel, gefährdete Haushalte für den Anstieg der Nebenkostenpreise, insbesondere der Gaspreise, zu entschädigen. Die Erhöhung der Energiepreise seit 2014 wurde im Einklang mit dem IWF-Programm beschlossen, um die Haushaltsausgaben für allgemeine Energiesubventionen – entstanden durch das Defizit des staatlichen Unternehmens Naftohaz – zu senken und um die Korruptionsmöglichkeiten im Energiesektor zu verringern.

Zunächst führte die Regierung eine spezielle Ausgleichszahlung für Haushalte mit einem Einkommen unterhalb des Existenzminimums ein. Die Zahlung glich die Differenz in der Nebenkostenabrechnung der Haushalte nach der Erhöhung der Gas-, Strom- und Heizpreise aus; die Preiserhöhung wurde vollständig kompensiert. Diese Ausgleichszahlung ergänzte die bereits vorhandenen Nebenkostenzuschüsse. Sie war für die Heizsaison 2014/2015 vorgesehen, für die Zeit danach war eine Reihe weiterer Veränderungen in Bezug auf die Nebenkostenzuschüsse geplant.

Im Oktober 2014 veränderte die Regierung das Konzept durch die Einführung neuer Obergrenzen für Sozialwohnungen und Versorgungsleistungen: Die

neuen Obergrenzen wurden durch die Größe der Haushalte bestimmt und die Ausgleichszahlungen auf einen bestimmten Verbrauchswert für Gas, Wasser und Strom beschränkt.

Außerdem veränderte die Regierung die Formel für die Berechnung des Anteils der Nebenkosten, für den die Haushalte einen Anspruch auf Förderung hatten. Zuvor erhielt ein Haushalt dann Nebenkostenzuschüsse, wenn die Nebenkosten über 15 Prozent des Einkommens eines Haushalts (bzw. bei Haushalten mit ausschließlich nicht erwerbsfähigen Mitgliedern über 10 Prozent des Einkommens des Haushalts) betrugen. Der darüber hinausgehende Betrag wurde übernommen. Seit 2014 wird für die Berechnung des vom Staat zu übernehmenden Kostenanteils die Höhe des Einkommens eines Haushalts im Verhältnis zum Existenzminimum berücksichtigt. Haushalte mit einem Pro-Kopf-Einkommen in Höhe des Existenzminimums, die Nebenkostenzuschüsse erhalten, geben nun nicht mehr als 7,5 Prozent ihres Einkommens für die Nebenkosten aus. Haushalte, deren Einkommen das Existenzminimum um ein Vierfaches übersteigt, müssen mehr als 30 Prozent des Einkommens für Nebenkosten ausgeben, um einen Zuschuss zu erhalten. Durch die neue Berechnungsformel wurden armen Haushalten mehr Zuschüsse gewährt, die Zahlungen an reiche Haushalte dagegen wurden reduziert.

Durch die neuen Kriterien stieg die Anzahl der Haushalte, die Anspruch auf Nebenkostenzuschüsse haben, dramatisch an: von 1,6 Millionen Haushalten im Jahr 2014 auf fast 7 Millionen Ende 2016. Insgesamt führte der hohe Prozentsatz der bezuschussten Haushalte – im Jahr 2017 waren es 43 Prozent – zu Bemühungen der Regierung, die Kriterien für die Zuschüsse in den Jahren 2017 und 2018 zu optimieren. Dies betraf die neuen Obergrenzen für Sozialwohnungen und Versorgungsleistungen, die Festlegung angemessener Wohnungs- und Hausgrößen für den Bezug von Zuschüssen, die Verpflichtung, Arbeitslosigkeit durch Registrierung nachzuweisen, die Erhöhung des an Auflagen geknüpften Arbeitslosengelds und das Mindestlohnniveau.

Seit Oktober 2018 berücksichtigen die Sozialbehörden das Einkommen eines Haushalts in der ersten Jahreshälfte statt des Einkommens der letzten vier Quartale. Da in den ersten beiden Quartalen des Jahrs der Lohn durch die Erhöhung des Mindestlohns und die angespannte Situation auf dem Arbeitsmarkt deutlich anstieg, während die Verbrauchspreise nicht bedeutend erhöht wurden, ging die Zahlung der Nebenkostenzuschüsse zurück.

2019 wechselte die Regierung von der bargeldlosen Auszahlung der Zuschüsse zur Barauszahlung, was die Energieeffizienz der Haushalte erhöhen dürfte.

Veränderungen in der Rentenpolitik – Rentenreform von 2017 und aktuelle Entwicklungen

Gemäß dem mittelfristigen Aktionsplan der Regierung stimmte das Parlament im Jahr 2017 einer Rentenreform zu, welche darauf abzielte ein einheitliches Konzept für die Rentenberechnung einzuführen, ein höheres Rentenniveau sicherzustellen und die Tragfähigkeit der Rentenversicherung zu erhöhen (siehe dazu auch die Ukraine-Analysen Nr. 200 vom 27.04.2018, <http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen200.pdf>). Der im Oktober 2017 verabschiedete Gesetzesentwurf stellte einen Kompromiss zwischen der Gesetzesvorlage der Regierung und Hunderten Änderungen der Abgeordneten dar.

Dementsprechend wurden die Renten der derzeitigen Rentner ab Oktober 2017 angepasst, und zwar durch die Anhebung des bei der Berechnung der Rentenhöhe angesetzten Durchschnittslohns. Rentner, die vor längerer Zeit in den Ruhestand getreten waren, erhielten eine stärkere Rentenerhöhung. Gleichzeitig wurde einigen Rentnern keine oder nur eine sehr geringe Rentenerhöhung gewährt. Dies betraf jene Menschen, die vor Kurzem in Rente gegangen waren, und Rentner, bei denen die Neuberechnete Rente geringer als der gesetzlich definierte Mindestwert war oder diesem Mindestwert in etwa entsprach.

Die Mindestversicherungszeit für einen Anspruch auf Altersrente wird von 25 Jahren im Jahr 2018 stufenweise auf 35 Jahre im Jahr 2028 erhöht. Das reguläre Renteneintrittsalter für Personen mit kompletter Versicherungszeit bleibt bei 60 Jahren. Gleichzeitig können Personen mit einer unvollständigen Versicherungszeit, die aber länger ist als 15 Jahre, mit 63 Jahren in Rente gehen. Wer nicht 15 Jahre lang versichert war, kann mit 65 Jahren in Rente gehen und eine Sozialrente in Höhe des Existenzminimums beziehen, die auch Menschen, die ihre Erwerbsfähigkeit verloren haben, bekommen. Wer nicht über die erforderlichen Rentenversicherungszeiten verfügt, kann einen Pauschalversicherungsbeitrag entrichten, um Anspruch zu erlangen.

Gleichzeitig werden neue Rentner, wenn sie in den Ruhestand treten, geringere Renten erhalten – vergleicht man diese Renten mit den alten Regelungen. Jedes Versicherungsjahr bringt nun eine Rente in Höhe von 1 Prozent des Jahreslohns ein (indexiert durch den wachsenden Durchschnittslohn) – im Gegensatz zu vorher 1,35 Prozent. Die Regierung führte eine automatische Indexierung der Renten an den Mittelwert von Verbraucherinflation und Lohnwachstum ein, was Rentner in Zeiten makroökonomischer Instabilität vor einem starken Rückgang der Kaufkraft schützt.

Seit 2019 beträgt die Mindestaltersrente – für Personen, die die Mindestversicherungszeit nachweisen kön-

nen – 40 Prozent des Mindestlohns. Außerdem wurde im März 2019 eine neue Indexierung der Renten eingeführt. Laut Rentenkasse führte diese Indexierung zu einer Erhöhung der durchschnittlichen Rente von umgerechnet etwa 81 Euro Anfang 2019 auf etwa 99 Euro im März 2019.

Gleichzeitig erhielten Rentner, denen die neue Indexierung keine bedeutende Rentenerhöhung einbrachte (da ihre Löhne viel geringer als der Durchschnittslohn gewesen waren), eine Einmalzahlung in Höhe von umgerechnet etwa 79 Euro, die in zwei Tranchen (März und April 2019) ausgezahlt wurde. Diese Zahlung war möglich, weil die Regierung der Rentenkasse die Erträge eines besonderen Zollverfahrens für Autos mit internationaler Zulassung übertragen hatte.

Die Einführung einer zweiten (kapitalgedeckten) Säule des Rentensystems – der »Säule der Akkumulation« – ist weiter auf der politischen Agenda. Allerdings gibt es noch immer keinen politischen Konsens über die Ausgestaltung des Systems.

Faire Unterstützung von Familien mit Kindern

Die Daten des Staatlichen Statistikamts der Ukraine »Ukrstat« zeigen, dass Familien mit Kindern ein höheres Armutsrisiko haben. Gleichzeitig bleibt die Geburtenrate gering, was zu einem Geburtendefizit führt. Daher sinkt die Bevölkerungszahl. Um Familien mit Kindern zu unterstützen und wohl auch, um die Geburtenrate zu steigern, hat die Regierung vor Kurzem mehrere Maßnahmen eingeleitet.

Im September 2018 führte die Regierung ein »Paket für Neugeborene« ein, das die wichtigsten Güter für ein Neugeborenes enthält. Davon abgesehen haben Familien seit Januar 2019 die Möglichkeit, eine Ausgleichszahlung von umgerechnet etwa 54 Euro zu erhalten, wenn sie einen Babysitter einstellen.

Da die Zahl der Geburten in 2018 und Anfang 2019 langsamer anstieg als erwartet, was zu Einsparungen bei den Haushaltsmitteln für Geburtenbeihilfe (größerer Pauschalbetrag nach der Geburt und danach monatliche Zahlungen bis zum Alter von drei Jahren) führte, hat die Regierung die Entscheidung getroffen, die soziale Unterstützung von Familien mit Kindern zu verbessern. Seit dem 1. April 2019 erhält jede Familie mit mindestens drei Kindern ein Kindergeld in Höhe von umgerechnet etwa 57 Euro für das dritte und für jedes weitere Kind bis zum Alter von sechs Jahren.

Fazit

Wirtschaftswachstum hat sich als das beste Instrument zur Erhöhung des Wohlergehens der Bevölkerung erwiesen. Daher bedarf es einer Regierungspolitik, die das Wirtschaftswachstum fördert.

Um schnell zu den mittel- und osteuropäischen Staaten aufzuschließen, führt die ukrainische Regierung Reformen durch, die auf die Steigerung der Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Humankapitals abzielen. Diese Reformen befassen sich mit allen für die Stärkung des Humankapitals wichtigen Bereichen: Bildung, Gesundheitswesen und soziale Sicherheit. Die

Reformen müssen zu besseren öffentlichen Dienstleistungen führen, vor allem im Bildungs- und Gesundheitswesen. Dies würde in der Ukraine den Anreiz für Arbeitsmigration ins Ausland verringern.

Übersetzung aus dem Englischen: Katharina Hinz

Über die Autorin:

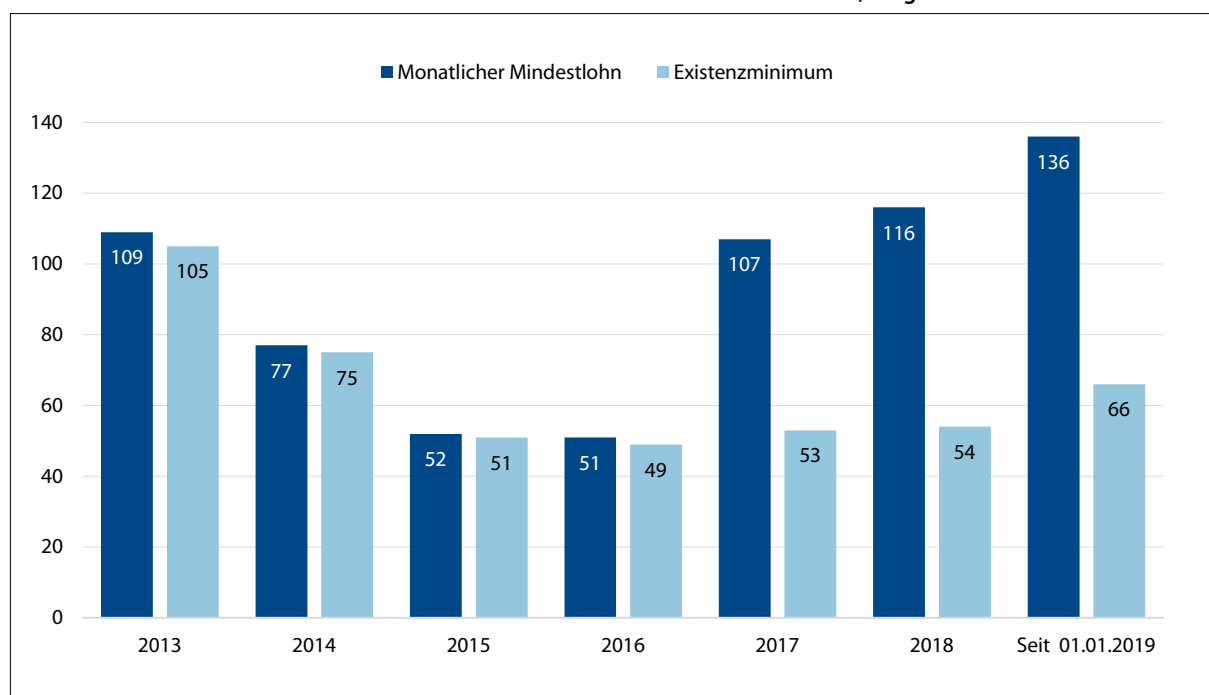
Oleksandra Betliy ist seit 2002 Leading research fellow am Institute for Economic Research and Policy Consulting in Kiew. Sie war an internationalen Forschungsprojekten (unter anderem folgender Institutionen: Europäische Stiftung für Berufsbildung (ETF), Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) und Weltbank) beteiligt. Ihre Forschungsinteressen sind Finanzpolitik und Steuerprognosen sowie soziale Fragen, einschließlich der Gesundheits- und Arbeitsmarktpolitik.

Betliy ist außerdem Länderexpertin beim SFB 1342 »Globale Entwicklungsdynamiken von Sozialpolitik« an der Universität Bremen, wo sie vor allem mit dem Teilprojekt B06 »Externe Reformmodelle und interne Debatten bei der Neukonzipierung von Sozialpolitik in der post-sowjetischen Region« kooperiert.

GRAFIK ZUM TEXT

Mindestlohn und Existenzminimum 2013 bis 2019

Grafik 1: Mindestlohn und Existenzminimum in der Ukraine von 2013 bis 2019, umgerechnet in Euro

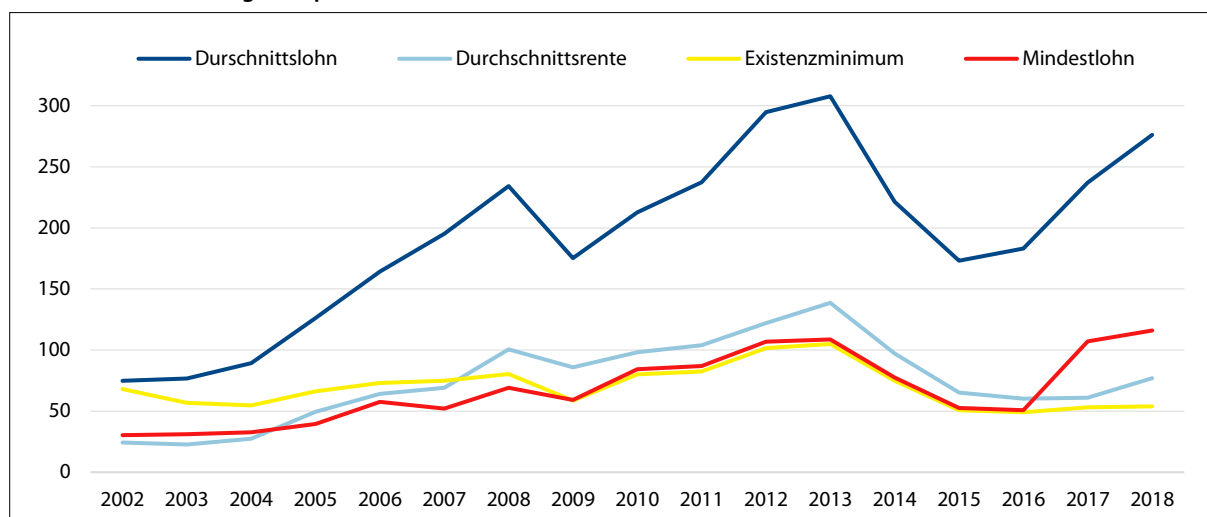


Quelle: Minfin, <https://index.minfin.com.ua/labour/salary/min/> und <https://index.minfin.com.ua/labour/wagemin/>. Wechselkurs bis 2017 laut Institute for Economic Research and Policy Consulting, Monthly Monitor (<http://www.ier.com.ua/en>), und ab 2018 laut Germany Trade & Invest, <https://www.gtai.de>.

STATISTIK

Aktuelle Sozialdaten

Grafik 1: Entwicklung von Durchschnittslohn, Durchschnittsrente, Existenzminimum und Mindestlohn 2002–2018 (Angaben pro Monat, in Euro)



Anmerkung: Ab 2015 ohne Krim und Teile des Donbas.

Quelle: Durchschnittslohn und Durchschnittsrente vom Staatlichen Statistikamt der Ukraine (www.ukrstat.gov.ua), Existenzminimum siehe Gesetze auf <http://zakon2.rada.gov.ua> und Angaben des Finanzministeriums (<https://index.minfin.com.ua/labour/wagemin/>), Mindestlohn von Minfin, <http://index.minfin.com.ua/index/salary/>. Wechselkurs bis 2017 laut Institute for Economic Research and Policy Consulting, Monthly Monitor (<http://www.ier.com.ua/en>), und ab 2018 laut Germany Trade & Invest, <https://www.gtai.de>.

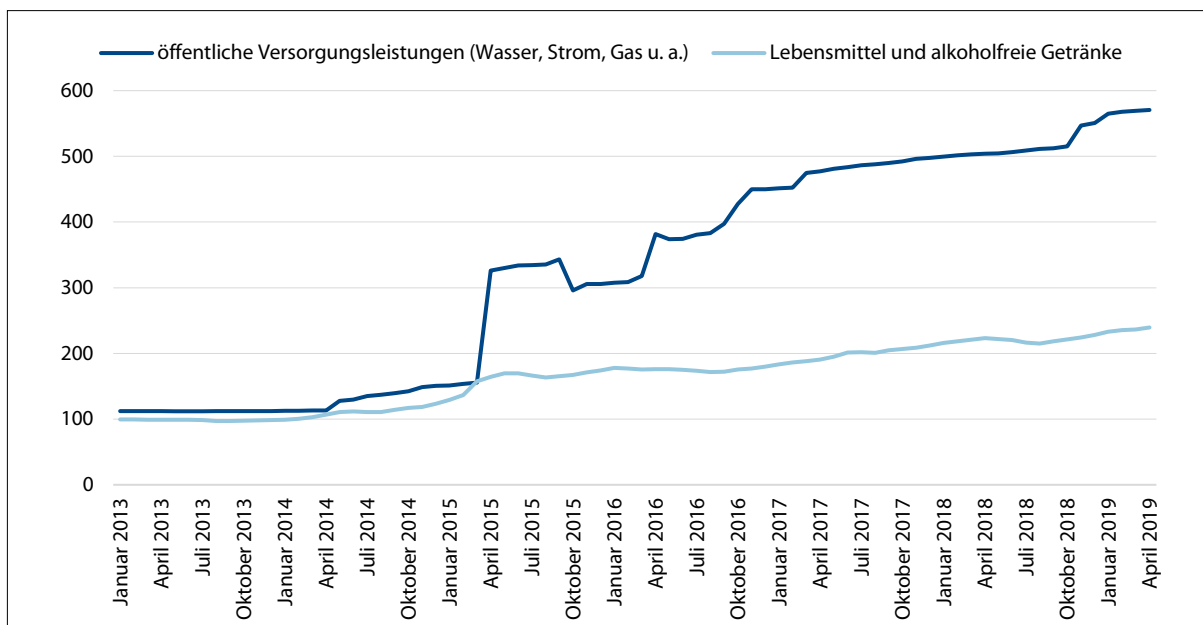
Tabelle 1: Entwicklung von Durchschnittslohn, Durchschnittsrente, Existenzminimum und Mindestlohn 2002–2018 (Angaben pro Monat, in Euro)

	Durchschnittslohn	Durchschnittsrente	Existenzminimum	Mindestlohn
2002	75	24	68	30
2003	77	23	57	31
2004	89	28	55	33
2005	126	49	66	39
2006	164	64	73	58
2007	195	69	75	52
2008	234	101	80	69
2009	175	86	59	59
2010	213	98	80	84
2011	237	104	82	87
2012	295	122	102	107
2013	308	139	105	109
2014	221	97	75	77
2015	173	65	51	52
2016	183	60	49	51
2017	237	61	53	107
2018	276	77	54	116

Anmerkung: Ab 2015 ohne Krim und Teile des Donbas.

Quelle: Durchschnittslohn und Durchschnittsrente vom Staatlichen Statistikamt der Ukraine (www.ukrstat.gov.ua), Existenzminimum siehe Gesetze auf <http://zakon2.rada.gov.ua> und Angaben des Finanzministeriums (<https://index.minfin.com.ua/labour/wagemin/>), Mindestlohn von Minfin, <http://index.minfin.com.ua/index/salary/>. Wechselkurs bis 2017 laut Institute for Economic Research and Policy Consulting, Monthly Monitor (<http://www.ier.com.ua/en>), und ab 2018 laut Germany Trade & Invest, <https://www.gtai.de>.

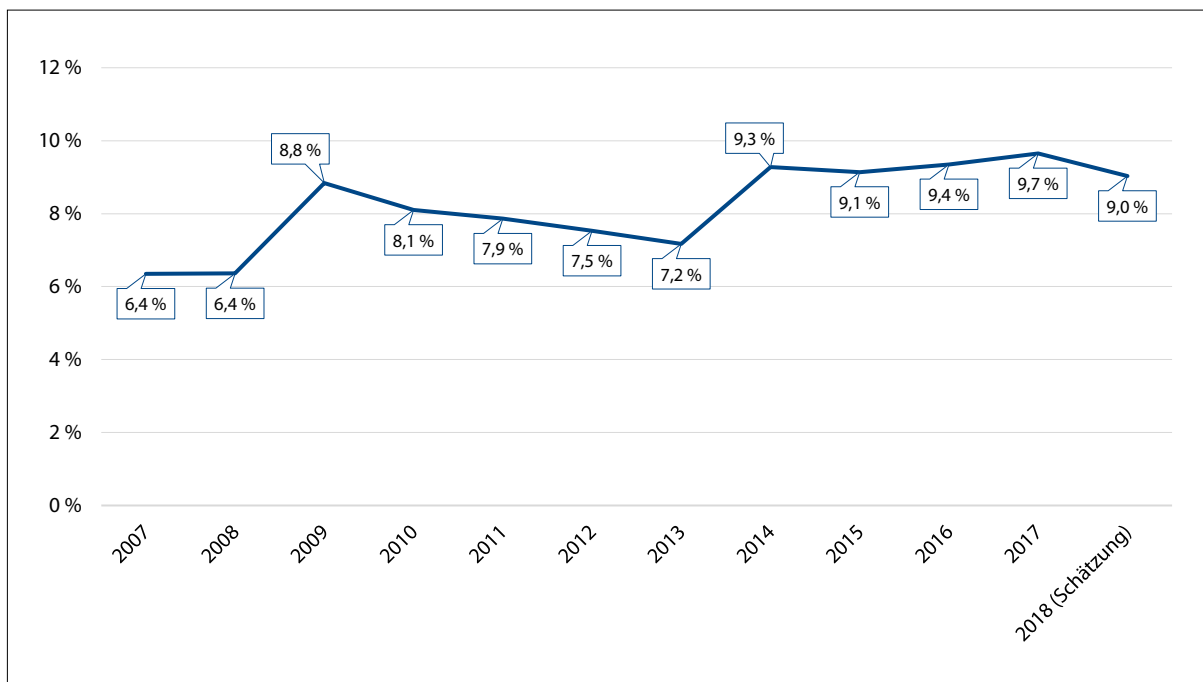
Grafik 2: Ukraine: Verbraucherpreisindex für öffentliche Versorgungsleistungen und Lebensmittel seit 2014 (Dezember 2010 = 100)



Anmerkung: 2014 ohne Krim, ab 2015 ohne Krim und Teile des Donbas.

Quelle: Staatliches Statistikamt der Ukraine, http://ukrstat.gov.ua/operativ/operativ2012/ct/is_c/ISC_2010_u.zip

Grafik 3: Entwicklung der Arbeitslosenquote in der Ukraine (ILO-Methode)



Anmerkung: Daten ab 2014 ohne Krim. Nach der Annexion der Krim wurden die Daten für 2013 neu berechnet, um die Vergleichbarkeit zu gewährleisten.

Quelle: statista, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/232508/umfrage/arbeitslosenquote-in-der-ukraine/>

Russland erhält Stimmrecht im Europarat zurück – Reaktionen

Am 25. Juni 2019 verabschiedete die Parlamentarische Versammlung des Europarats (PACE) gegen großen Protest der Ukraine und einiger weiterer Staaten eine Resolution, durch die der wegen der Annexion der Krim 2014 beschlossene Stimmrechtsentzug für die russische Delegation aufgehoben wird. Die verabschiedete Neuregelung sieht vor, dass die Parlamentarische Versammlung künftig nur in Abstimmung mit dem Ministerkomitee des Europarats, dem die Außenminister der 47 Europaratsländer angehören, Sanktionen verhängen kann. Die ukrainische Delegation kündigte daraufhin an, ihre Mitarbeit in der Parlamentarischen Versammlung auszusetzen.

Der Text der **Resolution** findet sich hier: <http://semantic-pace.net/tools/pdf.aspx?doc=aHR0cDovL2Fzc2VtYmx5LmNvZS5pbmQvbnV4dHlucyYXNwP2ZpbGVpZD0yNzk4MCZsYW5nPUVO&cxsl=aHR0cDovL3NlbWVudGljcGFjZS5uZXQvWHNsdC9QZGZvWFJlZi1XRC1BVC1YTUwyUERGLnhzbA=&cxslparams=ZmlsZWlkPTI3OTgw>

Insgesamt stimmten 118 Abgeordnete der Parlamentarischen Versammlung für und 62 Abgeordnete gegen die Resolution, 10 enthielten sich (<http://assembly.coe.int/nw/xml/Votes/DB-VotesResults-EN.asp?VoteID=37964&DocID=18997&MemberID=&Sort=2>).

Für die 18-köpfige deutsche Delegation stimmten 13 Personen ab.

Für die Annahme der Resolution stimmten Delegationsleiter Andreas Nick (CDU/CSU), Frank Heinrich (CDU/CSU), Josef Rief (CDU/CSU), Gabriela Heinrich (SPD), Axel Schäfer (SPD), Frank Schwabe (SPD), Martin Hebner (AfD), Ulrich Oehme (AfD), Michel Brandt (DIE LINKE), Andrej Hunko (DIE LINKE) und Frithjof Schmidt (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN).

Gegen die Resolution stimmten Gyde Jensen (FDP) und Konstantin Kuhle (FDP).

Volodymyr Zelenskyy, Präsident der Ukraine

“I tried to convince Mr. Macron and Mrs. Merkel that the return of the Russian delegation to the PACE is possible only after Russia’s compliance with the Assembly’s fundamental requirements. Unfortunately, our European partners did not hear us and acted differently. [...] The main argument in favor of the return of the Russian delegation was the need to protect human and civil rights as the highest democratic values. I hope that in the issue of protecting democratic values no one had any thoughts about material values. I also want to see how supporters of the return of the Russian delegation to the PACE—an organization that has defended the rule of law in Europe for 70 years—will defend and demand another return—the return of captured Ukrainian sailors.”

Quelle: *Offizielle Website des Präsidenten der Ukraine*, 25.06.2019, <https://www.president.gov.ua/en/news/volodimir-zelenskij-visloviv-rozcharuvannya-rishennyam-parye-56049>.

Sergej Lawrow, Außenminister der Russischen Föderation

“Speaking of PACE, yesterday, it voted in favour of the resolution that the UK and Ukraine delegates, first and foremost, attempted to block by introducing over 200 amendments (none of which has been passed) in order to prevent the adoption of this document and suppress the desire of most Council of Europe member countries to readmit Russia to the Parliamentary Assembly as a full member of this organisation.

The resolution was adopted. We believe this to be a positive step. It is important that the delegations that voted in favour of it (which, I repeat, was the majority of them) clearly stated that the rights reinstated to the Russian Federation cannot be challenged. However, attempts to undermine this process continue. They continue today, and they will continue tomorrow. We will proceed from how this situation unfolds and what the results of the PACE session will be. It is ongoing. The election of the Secretary General is ahead. Following this session, we will be able to make a final decision. I hope it will be to consider the crisis resolved.

Speaking of paying annual contributions to the Council of Europe, this issue will be resolved as soon as the decision on reinstating Russia’s rights is finalised. We said this many times. Reinstate our rights in full, and we will be ready to pay the contributions that we withheld due to the unacceptable and discriminatory attitude towards the delegation of the Russian Federation’s Federal Assembly.”

Quelle: *Außenministerium der Russischen Föderation*, 25.06.2019, http://www.mid.ru/en/foreign_policy/news/-/asset_publisher/cKNonkJE02Bw/content/id/3699960

Heiko Maas, Außenminister der Bundesrepublik Deutschland

»Russland gehört in den Europarat – mit allen Rechten und Pflichten. Es freut mich, dass die Parlamentarische Versammlung des Europarats jetzt den Weg für einen Kompromiss zur russischen Mitgliedschaft geebnet hat.

Das ist auch eine gute Nachricht für die russische Zivilgesellschaft. Die russischen Bürgerinnen und Bürger müssen weiter die Möglichkeit haben, sich vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte Recht zu verschaffen.

Jetzt ist wichtig, dass wir einen Mechanismus erarbeiten, mit dem einzelne Staaten bei Fehlverhalten sanktioniert werden können. Der Parlamentarischen Versammlung kommt dabei eine wichtige Rolle zu. Die neuen Regeln werden den Europarat stärken.

Moskau ist aufgerufen, konstruktiv zu diesem Kompromiss beizutragen. Wir werden Russland weiter an die Verpflichtungen erinnern, die es mit der Mitgliedschaft im Europarat selbst eingegangen ist. Dazu gehört die zügige Wiederaufnahme der russischen Mitgliedsbeiträge. Und dazu gehört, dass Russland sich an die Standards hält, zu denen es laut Europäischer Menschenrechtskonvention verpflichtet ist.«

Quelle: *Auswärtiges Amt*, 25.06.2019, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/maas-russland-europarat/2229304>.

Andreas Nick, Leiter der Delegation des Deutschen Bundestages in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats

»Wir haben eine unveränderte Position zu den materiellen Fragen, die etwa die Annexion der Krim und den Konflikt in der Ostukraine und im Asowschen Meer angehen. Aber wir sind der Auffassung, dass Russland mit allen Rechten und Pflichten Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates bleiben sollte. Dabei geht es uns insbesondere um die Sicherstellung des Zugangs zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte für die 140 Millionen Bürger der Russischen Föderation, aber auch darum, dass der Europarat seine Rolle als Forum des Dialogs und des Austausches auch zu schwierigen Problemen zwischen den Mitgliedsstaaten erfüllen kann. Und da ist die Russische Föderation ein unverzichtbarer Partner. [...]

Ich glaube, der Europarat hat ein Mandat, das sich vorrangig auf den Schutz der Menschenrechte, die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit in der pluralistischen Demokratie konzentriert. Da ist der Zugang zum Menschenrechtsgerichtshof für die Bürger Russlands ein entscheidendes Datum. Auch der Zugang der Organe des Europarats, etwa der Menschenrechtskommissarin, auf das Territorium Russlands ist eine der Forderungen, die im Raum steht. [...]

Ich würde das für einen großen Fehler [der Ukraine] halten, sich aus dem Europarat zurückzuziehen. Ich glaube, es wäre eine vertane Chance und würde der Ukraine sicherlich in der Gesamtschau eher schaden.«

Quelle: *Deutsche Welle*, Interview mit Andreas Nick, 26.06.2019, <https://www.dw.com/de/europarat-warum-russland-bleiben-sollte/a-49351177>.

Statement by Members of Delegations of Estonia, Georgia, Latvia, Lithuania, Poland, Slovakia and Ukraine in the Parliamentary Assembly of the Council of Europe, 26.06.2019

“The unconditional restoration of the Russian Delegation’s rights without the Russian Federation honouring any of the Assembly’s numerous demands runs counter to the core values of the Council of Europe and its Statute. This step sends a very wrong signal to the country that has resorted to armed aggression, poisoning of individuals, does not observe human rights of its citizens and does not promote but seeks to destabilize democracies throughout Europe.

Today, we as the delegates of our nations have no answer to our people how exactly the CoE is protecting their rights if it comes across as more interested in protecting the well-being of an aggressor than the victims of aggression and repression.

The future of the CoE is under threat as a whole because the CoE is losing the trust of the people it stands to protect.

We return home to consult our Parliaments and Governments about the joint actions in the Assembly in the next sessions.

We wish good luck to the newly elected Secretary General and hope she/he finds a way to solve this unprecedented crisis of trust which was created this week.”

Quelle: *Twitter-Account von Włodzimierz Bernacki*, 26.06.2019, https://twitter.com/W_Bernacki/status/1143938292058140672.

Kersti Kaljulaid, Staatspräsidentin der Republik Estland

“Last night’s decision made by #PACE—maneuvering #Russia back behind the table with procedural moves—is an embarrassment to PACE. None of the reasons Russia was stripped of its voting rights have disappeared.”

Quelle: *Twitter-Account von Kersti Kaljulaid*, 25.06.2019, <https://twitter.com/KerstiKaljulaid/status/1143420783328448512>.

CHRONIK

11. – 23. Juni 2019

11.06.2019	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj entlässt durch mehrere Dekrete 15 Oblast-Gouverneure, zwei stellvertretende Leiter des Ukrainischen Sicherheitsdienstes (SBU) und weitere Beamte. Er schlägt außerdem die Entlassung von Generalstaatsanwalt Jurij Luzenko vor.
11.06.2019	Das deutsche Unternehmen »FlixBus« weitet sein reguläres Busnetz auf die Ukraine aus. Zunächst werden Kiew, Lwiw, Schytomyr und Riwne angefahren.
12.06.2019	Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts »Rating« würde Wolodymyr Selenskyjs Partei »Diener des Volkes« zurzeit 47,5 Prozent der Stimmen bekommen. Folgende Parteien würden ebenfalls die Fünfprozenthürde überschreiten: die prorussische »Oppositionsplattform – Für das Leben« mit 10,4 Prozent der Stimmen, Petro Poroschenkos »Europäische Solidarität« mit 7,9 Prozent, Julija Tymoschenkos »Vaterland« mit 7,5 Prozent und die Partei des Rockmusikers Swjatoslaw Wakartschuk »Stimme« mit 6,4 Prozent.
12.06.2019	Laut »Global Peace Index« hat sich die Situation in der Ukraine in Bezug auf Frieden deutlich verbessert. Die Studie des Thinktanks »Institute for Economics and Peace« (IEP) bewertet jedes Jahr die Lage in 163 Ländern. Trotz der Verbesserungen gehört die Ukraine immer noch zu den zwanzig am wenigsten friedlichen Ländern der Welt.
12.06.2019	Wolodymyr Selenskyj beruft den ehemaligen Wirtschaftsminister Aivaras Abromavičius in den Aufsichtsrat des staatlichen Rüstungskonzerns »Ukroboronprom«. Im Februar 2019 wurde ein großer Korruptionsskandal in dem Unternehmen bekannt, in den auch hochrangige Politiker verwickelt sein sollen. Abromavičius soll das Vertrauen der ukrainischen Steuerzahler zurückgewinnen.
13.06.2019	Die Partei »Bewegung der neuen Kräfte« des kürzlich in die Ukraine zurückgekehrten Micheil Saakaschwili – ehemaliger georgischer Präsident und ehemaliger Gouverneur der Oblast Odessa – kündigt ihre Teilnahme an den Parlamentswahlen an und präsentiert ihre Spitzenkandidaten.
14.06.2019	Der Ukrainische Sicherheitsdienst (SBU) und die Generalstaatsanwaltschaft nehmen in Kiew Roman Ljagin, 2014 Organisator des Referendums über die Unabhängigkeit der selbsterklärten »Volksrepublik Donezk«, fest. Ljagin wird Landesverrat vorgeworfen.
14.06.2019	Der ukrainische Abgeordnete der Partei »Oppositionsblock – Für das Leben« Taras Kosak, Verbündeter des prorussischen Oligarchen und Politikers Wiktor Medwedtschuk (ebenfalls »Oppositionsplattform – Für das Leben«), kauft den ukrainischen Fernsehsender »ZIK«. Damit ist Kosak nun Eigentümer dreier Fernsehsender mit landesweiter Reichweite: »ZIK«, »112« und »NewsOne«.
17.06.2019	Präsident Wolodymyr Selenskyjs zweite Auslandsreise (nach einem Treffen mit hochrangigen Vertretern der EU und der NATO in Brüssel Anfang Juni) führt nach Frankreich zu Präsident Emmanuel Macron. Macron wirbt für eine Wiederbelebung der Gespräche im »Normandie-Format«, in dem Frankreich, Deutschland, Russland und die Ukraine sich für Frieden in der Ostukraine einsetzen.
18.06.2019	Bei Wolodymyr Selenskyjs Antrittsbesuch bei der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel in Berlin spricht sich Merkel dafür aus, die westlichen Sanktionen gegen Russland nicht aufzuheben, bevor die Krim wieder zur Ukraine gehöre. Die territoriale Integrität und Souveränität der Ukraine müssten verteidigt werden.
18.06.2019	Die Nationalbank der Ukraine ist einem starken »Distributed-Denial-of-Service« (DDoS)-Angriff ausgesetzt, der den Zugang zur offiziellen Website vorübergehend einschränkt. Die wichtigste Infrastruktur der Bank, einschließlich ihres Zahlungssystems, sei nicht beschädigt worden, so die Regulierungsstelle. Der offizielle Wechselkurs der Hrywnja für den Folgetag wird auf Facebook veröffentlicht. In den letzten Jahren war es in der Ukraine immer wieder zu großen Hackerangriffen gekommen, so auf das staatliche Energieunternehmen »Ukrenergo« oder auf Banken und Massenmedien. Russische Hacker standen im Verdacht, an diesen Angriffen beteiligt gewesen zu sein.
18.06.2019	Das US-Verteidigungsministerium kündigt an, der Ukraine 250 Millionen US-Dollar für die Sicherheitskooperation für zusätzliche Ausbildung, Ausrüstung und Beratungsleistungen zum Aufbau der Kapazitäten der ukrainischen Streitkräfte zur Verfügung zu stellen. Darunter sind 50 Millionen US-Dollar für letale Waffen vorgesehen.
19.06.2019	Knapp fünf Jahre nach dem Abschuss des malaysischen Passagierflugzeugs MH17 im Juli 2017 über der Ostukraine klagt das internationale Ermittlerteam vier Verdächtige wegen Mordes in 289 Fällen an. Wie die Ermittler in Nieuwegein bei Utrecht mitteilen, handle sich um drei Russen und einen Ukrainer. Der Prozess solle am 9. März kommenden Jahres beginnen.
19.06.2019	Laut Umfrage des Meinungsforschungsinstituts »Rating« würde Wolodymyr Selenskyjs Partei »Diener des Volkes« zurzeit 47,1 Prozent der Stimmen bekommen. Ebenfalls die Fünfprozenthürde überschreiten würden folgende Parteien: die prorussische »Oppositionsplattform – Für das Leben« mit 11,1 Prozent der Stimmen, Julija Tymoschenkos »Vaterland« mit 7,3 Prozent, die Partei des Rockmusikers Swjatoslaw Wakartschuk »Stimme« mit 8,1 Prozent und Petro Poroschenkos »Europäische Solidarität« – die stark an Unterstützung verliert und zurzeit nur 5,0 Prozent der Stimmen erhalten würde.

19.06.2019	Dmytro Tymtschuk, Abgeordneter der Partei »Volksfront« und Militärjournalist, wird mit einer Schusswunde am Kopf in seiner Wohnung in Kiew tot aufgefunden. Wenige Tage später gibt die Staatsanwaltschaft bekannt, dass es sich um einen Unfall gehandelt haben soll.
20.06.2019	Die Staats- und Regierungschefs der EU verurteilen beim EU-Gipfel in Brüssel die Annexion der Krim durch Russland erneut als »Verstoß gegen das Völkerrecht«. Sie verlängern die Sanktionen gegen die Krim und die dortige Regierung (z. B. Beschränkungen für den Im- und Export von Waren und Verbot für das Anlegen europäischer Kreuzfahrtschiffe) um ein weiteres Jahr bis zum 23. Juni 2020. Auch die Wirtschaftssanktionen gegen Russland wegen des Konflikts in der Ostukraine werden verlängert – bis Ende Januar 2020.
20.06.2019	Das Verfassungsgericht entscheidet, dass die umstrittene Auflösung der Werchowyna Rada am 21. Mai durch Präsident Wolodymyr Selenskyj verfassungsgemäß war. Über 60 Abgeordnete hatten beim Verfassungsgericht gegen den Erlass für vorzeitige Neuwahlen geklagt. Damit können die vorgezogenen Parlamentswahlen am 21. Juli 2019 stattfinden.
20.06.2019	Der bekannte Lokaljournalist Wadym Komarow aus Tscherkassy erliegt seinen Verletzungen. Er war am 4. Mai brutal zusammengeschlagen worden und befand sich seitdem im Koma. Komarow hatte regelmäßig Korruptionsfälle in der Stadtverwaltung, in der Justiz und im Bauwesen ans Licht gebracht. Bisher wurden keine Verhaftungen im Zusammenhang mit dem Verbrechen gemeldet. Serhij Tomilenko, Leiter der Nationalen Union Ukrainischer Journalisten, beklagt das Ausmaß der körperlichen Aggression gegen Journalisten in der Ukraine als »inakzeptabel hoch«.
23.06.2019	Die Partei »Bewegung der neuen Kräfte« des kürzlich in die Ukraine zurückgekehrten Micheil Saakaschwili – ehemaliger georgischer Präsident und ehemaliger Gouverneur der Oblast Odessa – darf nicht an den bevorstehenden Parlamentswahlen teilnehmen. Die Zentrale Wahlkommission stimmte der Registrierung der Kandidatenliste und der Registrierung von Kandidaten der Partei in Einzelwahlkreisen nicht zu. Die Partei habe bereits vor dem präsidentialen Dekret über vorgezogene Neuwahlen auf einem Parteitag Anfang Mai die Teilnahme an den Wahlen erörtert, wozu sie zu dem Zeitpunkt nicht berechtigt gewesen sei.
23.06.2019	Im Zentrum von Kiew findet ein »Marsch der Gleichheit« für Rechte und Anerkennung von LSBTI statt. Dieser Marsch findet seit 2013 jährlich statt. Nach Angaben der Organisatoren nehmen 8.000 Menschen teil – deutlich mehr als je zuvor. Zum Schutz der Veranstaltung werden viele Polizisten eingesetzt. Die Veranstaltung verläuft weitgehend störungsfrei.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Katharina Hinz

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Katharina Hinz (verantwortlich)
Chronik: Katharina Hinz
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Kseniia Gatskova, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorendindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1862-555X © 2019 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



Kostenlose E-Mail-Dienste auf www.laender-analysen.de

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Google Play, das Google Play-Logo und Android sind Marken von Google Inc. TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen. Der Android-Roboter wird auf der Grundlage von einem Werk wiedergegeben oder modifiziert, das von Google erstellt und geteilt und gemäß den Bedingungen der Creative Commons 3.0 Attribution-Lizenz verwendet wird.